Nr. 2/2016 – Mai

concret

Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni

Chatrina Josty, neu gewählte Vizepräsidentin– und Philipp Wilhelm, neu gewählter Präsident der SP Graubünden.
Bildmitte: der abtretende Präsident der SP Graubünden, Jon Pult.

Ich freue mich Präsident der SP Graubünden zu sein. Packen wir es an!

Von Philipp Wilhelm, neuer Präsident der SP Graubünden

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Sympathisierende und Interessierte

Am Parteitag vom 9. April 2016 in Chur habt ihr mir das Vertrauen gegeben, in die grossen Fusstapfen von Jon Pult zu treten. Ich danke herzlich für alle Unterstützung. Es ist eine grosse Ehre, das Amt des Präsidenten der SP Graubünden antreten zu dürfen und ich gehe es mit viel Engagement und Freude an.

Inhalt

Neuer Präsident SP GR 1
Neue Vizepräsidentin SP GR 4
Eidgenössische Abstimmungen vom 5. Juni 2016 5-9
Kantonale Abstimmung Neues Kulturförderungsgesetz 10
Wahlen vom 5. Juni 2016 in Chur 11
Wahlen vom 5. Juni 2016 in Domat/Ems 13
Wahlen vom 5. Juni 2016 in Davos 14
JUSO 15
Letzte Seite 16

Neues Präsidium der SP Graubünden

Einfach wird die Arbeit nicht sein. Die erwähnten Fussstapfen meines Vorgängers sind gross. Jon führte unsere Kantonalpartei grossartig und prägt die Politik mutig, konsequent und mit fundierter Arbeit mit. Er verdient grossen Respekt und Dank. Jon ist und bleibt wichtig für die Zukunft der Sozialdemokratie. Der kantonalen Partei wird er als Präsident fehlen. Doch das ist kein Grund zur Sorge, denn die SP ist kein Einmann-Betrieb. Politik ist Teamarbeit und unsere Kantonalpartei ist sehr gut aufgestellt. Wir haben nicht nur ausgezeichnete Vertreter in der Fraktion und in den verschiedenen Parteigremien, sondern zusätzlich die aktivste Basis des Kantons.

Ich bin immer wieder beeindruckt, wie unsere SP aus der Position der politischen Minderheit heraus Erfolge feiern kann. Der ehemalige Parteipräsident und ehemalige Nationalrat Andrea Hämmerle betonte am Parteitag, dass das Politisieren im Gegenwind durchaus attraktiv sein kann.

Ein anderer Genosse formulierte das Phänomen am 125-Jahre Jubiläum der SP Schweiz in Bern so: «Die Energie, die wir brauchen, beziehen wir vom Strom, gegen den wir schwimmen.» Der Urheber dieser Ansage, Helmut Hubacher, wurde kürzlich 90 Jahre alt. Herzliche Gratulation an dieser Stelle. Die Worte dieser Parteigenossen mögen uns Mut und Zuversicht geben. Unser Engagement ist wichtig und dringend notwendig. Auch dann – oder eben gerade dann, wenn die Zeichen auf Sturm stehen. Und die Zeichen stehen nicht auf Schönwetterperiode. Anhaltende Frankenstärke, die Sackgasse in der Europafrage, Konfliktherde mit Flüchtlingskrisen und die beschämende Abwehr- statt Hilfsaktionen Europas, überhaupt der anhaltende Rechtstrend in und um unser Land müssen uns zu denken geben und werden uns fordern – auch in Graubünden.

So düster der Tunnel auch sein mag, wenn wir nicht aufhören, stetig weiter zu laufen, kommt irgendwann das Licht. Wir sind nicht am Ende der Geschichte. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandel, den wir mit gestalten wollen – hin zu einer freieren, gerechteren und solidarischeren Welt, in der wir leben. Wichtig ist, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Denn gemeinsam läuft es sich in einem dunklen Tunnel bedeutend angenehmer als alleine.

Ziel unseres Weges als Kantonalpartei ist ein fortschrittliches Berggebiet mit Lebensperspektiven in einem intakten Landschaftsraum. Mehr langfristige Lebensperspektiven schaffen wir nur, wenn sich unsere Wirtschaft einem entsprechenden Wandel unterzieht. Wenn sie sich auf mehr Pfeiler abstützt. Wir müssen Alternativen finden zur einseitigen Abhängigkeit vom Tourismus und wir müssen gleichzeitig den Tourismus selber diversifizieren. Die SP Graubünden hat sich mit solchen Fragen als einzige

Philipp Wilhelm, Präsident der SP Graubünden

Philipp Wilhelm wurde am Parteitag vom 9. April 2016 in Chur einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt.

Bündner Partei bereits intensiv befasst und an dieser Arbeit können wir anknüpfen und zeigen, dass wir in der Wirtschaftspolitik mitreden können und wollen.

Und in der Wirtschaftspolitik mitzureden, das heisst auch, allen klar zu machen, dass im Zentrum der Mensch steht. Darum brauchen wir ein lebenswertes Gesamtpaket mit Rahmenbedingungen für gutes Leben für alle in unserem Kanton: Bezahlbarer Wohnraum, gerechte Steuern, guter Zugang zu guter Bildung und vielfältigen Kulturangeboten, zu familienergänzender Kinderbetreuung, zu sozialen Einrichtungen und zu einem starken Service Public in einer Gesellschaft, die offen ist für alle. Diese Voraussetzungen für bessere Lebensperspektiven liegen also bei klassischen sozialdemokratischen Kernthemen und darum braucht unser Kanton eines am dringendsten: Er braucht mehr SP!

Er braucht auch darum mehr SP, weil wir eine unabhängige Kraft sind, die sich unermüdlich für Offenheit, Transparenz und Vielfalt in Politik und Gesellschaft einsetzt. Der Weg zu notwendigem Wandel führt nämlich nicht an politischen Reformen vorbei. Starre und veraltete gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen erschweren ein Vorankommen. Unser langjähriger Einsatz für mehr Transparenz erzielte jüngst einen Teilerfolg mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Kantonsebene. Doch leider konnten sich konservative Geister im Grosse Rat nicht dazu durchringen, das Öffentlichkeitsprinzip auf allen Ebenen einzuführen und so ist es notwendig, dass wir uns in den Gemeinden weiterhin Transparenz erkämpfen müssen.

Überhaupt lässt sich konkreter politischer Wandel oft auch auf kommunaler Ebene erzielen. Es ist darum wichtig, dass die Kantonalpartei auch ihre Unterstützenden vor Ort kennt und aktiv betreut. Keine andere Partei wird so stark von ihrer Basis in der politischen Arbeit unterstützt, wie die SP. Das zeigte die breite und erfolgreiche Basiskampagne im Rahmen der Nationalratswahlen 2015. Es ist aber auch wichtig, dass nicht nur die Basis die Partei unterstützt, sondern dass die Partei sich immer überlegt, wie sie die Basis in den Sektionen unterstützen kann.

So werden wir auf allen Ebenen weiterkämpfen, mit viel Mut und Überzeugung und wenn nötig auch gegen einflussreiche Partikalurinteressen. Lasst uns arbeiten für mehr Offenheit, Transparenz und Vielfalt. Nur so beschreiten wir den Weg hin zu einem besseren Graubünden, in einer besseren Schweiz und einer besseren Welt.

Neues Vizepräsidium der SP Graubünden

Unsere neue Vizepräsidentin

Von Chatrina Josty, neue Vizepräsidentin der SP Graubünden

Emprims e proxims pass

Sco schurnalista hai jau gì la perspectiva da l'observatura da la politica grischuna; cun la midada en la professiun da la scolasta è la via daventada libra per m'engaschar activamain en la politica. E la motivaziun da far quai è vegnida suenter las elecziuns federalas dal october 2015: Pertge elegian uschè blers la dretga? Pertge sustegnan uschè blers las tenutas xenofobas dal PPS? Tendenzas che m'han dà il stumpel da daventar activa. La chaschun da far quai hai jau surveg-nì bainspert: Cun las dumondas da candidar per il cussegl communala da Cuira e l'uffici sco vicepresidenta da la PS grischuna. La fiduzia che la partida m'ha dà cun l'elecziun è ina grond'onur per mai.

Activar e betg mo administrar

Cun quai ch'jau less era metter en moviment chaussas e betg mo administrar ellas, less jau prender per mauns in vegl project da la PS: Installar in forum per la furmaziun politica. Quai vul dir: Occurrenzas tar temas che n'èn betg sisum l'agenda politca ma che occupan, sco per exempel dumondas da l'integraziun da migrants, da la convivenza tranter las religiuns u da la relaziun da la Svizra cun l'Europa. Las emprimas ideas èn sin maisa, uss va'i per far ils proxims pass.

Von der Beobachterin zur Akteurin

Als Journalistin kannte ich die Bündner Politik und Politiker aus der beobachtenden Perspektive. Nach dem Wechsel in meinen zweiten Beruf, den der Primarlehrerin, wurde der Weg frei mich politisch aktiv einzubringen. Die Gelegenheit dazu bekam ich dann auch gleich, als Kandidatin für den Churer Gemeinderat und als Vizepräsidentin der SP Graubünden. Kaum eingestiegen, wurden mir schon diese Aufgaben und Ämter zugetraut. Das ist eine grosse Ehre für mich.

Aktivieren statt nur administrieren

Eines meiner Anliegen ist ein altes Projekt der SP Graubünden wieder aufzugreifen und umzusetzen, nämlich ein Gefäss für politische Bildung zu schaffen. Erste Ideen haben wir im Präsidium schon besprochen; angedacht sind Veranstaltungen zu Themen, die nicht zuoberst auf der politischen Agenda stehen aber dennoch bewegen, wie zum Beispiel die Integration von Migranten, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften, das Verhältnis der Schweiz mit Europa.

Chatrina Josty, Vizepräsidentin der SP Graubünden

Chatrina Josty (32) ist in Bergün/Bravuogn aufgewachsen. Sie hat mehrere Jahre bei Radiotelevisiun Svizra Rumantscha gearbeitet. Seit Dezember 2015 unterrichtet sie als Primarlehrerin auf der Lenzerheide. Sie wohnt in Chur und kandidiert für den Churer Gemeinderat. Chatrina wurde am Parteitag vom 9. April einstimmig zur neuen Vizepräsidentin gewählt.

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

Peter Peyer, Grossrat und Gewerkschaftssekretär

Der Parteitag der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole** (drei Enthaltungen).

JA zum Service-Public, NEIN zur schädlichen Initiative

Von Peter Peyer

Die Schweiz ist das Service public-Land schlechthin. Die Grundversorgung ist bei uns gewährleistet. Auch in abgelegenen Regionen, beispielsweise in Graubünden. Das Rückgrat des Service Public in der Schweiz sind Unternehmen wie Post, Swisscom, SBB. Nun stimmen wir über eine Initiative ab, die sich «Pro Service public» nennt und gute Dienstleistungen, günstige Preise und bescheidenere Löhne für die Manager sichern will. Tönt gut, ist aber schlecht gemacht. Weshalb? Wir stimmen nicht über einen Initiativtitel, sondern über den Inhalt ab. Der verlangt nicht günstige Preise. Er verbietet Gewinne und Quersubventionierungen. Die Initiative verlangt auch nicht, dass die Manager der Bundesbetriebe nicht mehr verdienen sollen als ein Bundesrat. Der Initiativtext schreibt für alle Mitarbeitenden der Bundesbetriebe vor, dass ihre Löhne nicht über der Bundesverwaltung liegen sollen, unabhängig davon, ob sie eine starke Sozialpartnerschaft und gute Gesamtarbeitsverträge haben. Und von einer guten Grundversorgung in der Fläche sagt der Initiativtext leider auch kein Wort.

Was ist falsch daran, dass die Swisscom Gewinne macht? Sollen das nur Sunrise und Salt dürfen? Wie soll die Swisscom Zukunftsinvestitionen stemmen, wenn sie keine Gewinne mehr machen darf? Und wie soll der Bund die 800 Millionen Einnahmenausfall kompensieren, wenn die Gewinnablieferungen wegfallen? Hochproblematisch ist sodann der Begriff der „Quersubventionierung“, die in Zukunft verboten sein soll. Jeder Service Public ist Quersubventionierung, früher vom Telefon zur Post und jetzt von der Postfinanz zu den Poststellen. Quersubventionierung ist die Finanzierung der rentierenden Angebote in den Zentren zu den unrentablen in den Randregionen.

Dass es bei den Bundesunternehmen auf der Chefetage Salärexzesse gibt, stösst zu Recht auf Unverständnis. Und die Tarifentwicklung bei der Bahn kommt an eine Grenze, die für viele an einem empfindlichen Punkt liegt. Doch wenn die Bevölkerung und das Personal wieder das Gefühl haben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden, dann werden unsere Bundesunternehmen auch den Härtetest einer öffentlichen Auseinandersetzung um eine Initiative bestehen, deren Inhalt nicht hält, was der Titel verspricht.

(Der Text basiert auf dem Votum von Paul Rechsteiner, SP-Ständerat SG, anlässlich der Parlamentsdebatte. Das ganze Votum hier: www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=34807#votum3)

Mehr dazu unter: www.sp-ps.ch/de/thema/pro-service-public-initiative

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

Gute Gründe für ein JA zur Asylgesetzrevision am 5. Juni

Von Gusti Ott

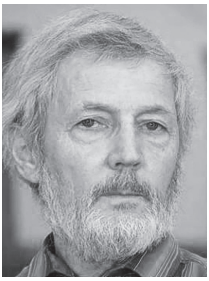
Die vorliegende Gesetzesrevision beinhaltet die Neustrukturierung des Asylverfahrens. Sie schreibt ins Gesetzbuch, was in Zürich im Rahmen eines Testbetriebes seit 2014 praktiziert wird: Die Mehrheit der Asylverfahren wird in Bundeszentren durchgeführt und innert zweier Monate entschieden. Den Kantonen werden die anerkannten Flüchtlinge und die vorläufig Aufgenommenen zugewiesen zur zügigen Integration. Die bisher oft jahrelangen Verfahren, während denen die Integration erschwert ist, sollen die Ausnahme sein. Das raschere Verfahren ist nur mit wesentlich verkürzten Fristen – auch Beschwerdefristen – möglich. Um die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und um Willkürentscheide zu vermeiden, wird den Asylsuchenden von Anfang an ein Rechtsschutz zur Seite gestellt, der auch bei den Befragungen dabei ist. Dadurch wird bei den Asylsuchenden das Verständnis für das Verfahren verbessert. Auch die Qualität der Dossiers wird verbessert, da Fehler umgehend und ausserhalb eines Beschwerdeverfahrens korrigiert werden können. Der Rechtsschutz muss vor Ort in den Zentren sein und unmittelbar handeln können. Natürlich stellt sich die Frage der Unabhängigkeit der Rechtsvertretung. Der Testbetrieb mit mandatierten Anwälten in Zürich hat sich aber offenbar gut bewährt. Dies soll nun schweizweit in den alten und neuen Verfahrenszentren des Bundes umgesetzt werden. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe wird ein wachsames Auge darauf haben.

Daneben gibt es in weiteren Punkten Verbesserungen. So werden unbegleiteten Minderjährigen umgehend qualifizierte Vertrauenspersonen zur Seite gestellt und Kinder werden bereits in den Verfahrenszentren eingeschult.

Zusammenfassend:

1. Mehr Fairness durch systematischen Rechtsschutz von Anfang an.
2. Mehr Transparenz infolge verbesserter Information.
3. Mehr Effizienz durch qualitativ bessere Verfahren und dadurch weniger Beschwerden.
4. Verbesserter Schutz für Kinder und Jugendliche.
5. Erleichterte, da schnellere Integration bei Menschen mit Bleiberecht.
6. Schnellerer erstinstanzlicher Entscheid (das wollten wir alle schon lange) und deshalb wesentlich weniger soziale und monetäre Kosten.

Die SVP stört sich an den Gratisanwälten, im vollen Wissen, dass dies ein völkerrechtliches Muss ist. Eine Kampagne will sie aber diesmal nicht fahren. Dafür echauffiert sich der rechtslastige Hauseigentümerverband daran, dass der Bund notfalls für die Bundeszentren Enteignungen durchführen kann. Für einmal können wir Ja zu einer Asylgesetzvorlage sagen. Ein Nein hätte eine Verschlechterung des Rechtsschutzes zur Folge.



Gustav Ott,
SP Domat/Ems

Der Parteitag der SP Graubünden fasste einstimmig die **JA-Parole** (fünf Enthaltungen).

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

Simon Suter, Präsident Gewerkschaftsbund Graubünden & Präsident SP Herrschaft/Fünf Dörfer

Der Parteitag der SP Graubünden fasste einstimmig die **NEIN-Parole.**

Nein zum Milchkuh-Schwindel

Von Simon Suter

Die Milchkuh-Initiative hat mit Milch und mit Kühen überhaupt nichts zu tun. Leider ist ihr eigentlicher Titel «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» auch nicht treffender, denn ‚fair' ist sie sicher nicht.

Bereits bei der FABI-Abstimmung wurden Forderungen laut, dass es nicht nur für die Bahn, sondern auch für die Strasse einen Fonds brauche. Diesen hat das Parlament nun mit dem NAV aufgegleist. Damit erhält der Strassenbau jährlich CHF 700 Mio. zusätzlich. Dies reicht den Initianten aus Autolobby und SVP-Kreisen jedoch nicht. Obwohl bereits heute 72 % der Erträge aus der Mineralölsteuer und Vignette für den Strassenverkehr zweckgebunden sind (das ist bedeutend mehr als in all unseren Nachbarländern), fordern sie mit dieser Initiative eine komplette Beschränkung all dieser Gelder auf den Strassenbau.

Dem Bund würden dadurch jedes Jahr CHF 1.5 Mia. verloren gehen, welche anderweitig eingespart werden müssten. Das Nein-Komitee geht von 400 Mio. in der Bildung/Forschung, 150 Mio. im öffentlichen Verkehr und 200 Mio. in der Landwirtschaft aus.

Die Darstellung der Initianten, dass der Strassenverkehr als «Milchkuh» für alle anderen hinhalten müsse, ist schlicht falsch. Die Belastung der Mineralölsteuer pro gefahrene 100 km sank zwischen 1970 und 2010 von 14 Fr. auf 6 Fr. Die Benzinsteuer wurde seit Jahrzehnten nicht mehr erhöht und nicht einmal der Teuerung angepasst.

Der Strassenverkehr wird nur zu einem Teil aus der Mineralölsteuer finanziert. Gemeinden und Kantone tragen ebenfalls dazu bei und Folgekosten durch Unfälle, Umweltbelastung etc. sind externalisiert. Die Strassenkasse verfügt über 2 Mia. Reserven. Es gibt zurzeit gar nicht genug Projekte, um die zusätzlichen 1.5 Mia. verwenden zu können. Das Geld würde gehortet werden, während es anderswo fehlt. Die Milchkuh-Initiative stösst darum aus guten Gründen auch bis weit ins bürgerliche Lager auf breite Ablehnung. Alle 26 Kantone inklusive ihrer SVP-Regierungsräte haben sich ebenfalls dagegen ausgesprochen.

Doch auch wir müssen uns vehement dagegen wehren. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein unsolidarisches Steuerverständnis, wo alle Einnahmen nur am gleichen Ort wiederverwendet werden dürfen, Anklang findet. Man stelle sich vor, die Alkoholsteuer dürfte ausschliesslich für Alkoholprävention verwendet werden oder die Steuereinnahmen von kinderlosen Menschen dürften nicht für die Schule ausgegeben werden.
Legen wir darum ein klares Nein gegen den Milchkuh-Schwindel in die Urne.

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

NEIN zum bedingungslosen Grundeinkommen

Von Hanna Bay

Die Initiative, die als kultureller Anstoss zu verstehen ist, wirft interessante und wichtige Fragen zur Zukunft der Gesellschaft auf. Sie fordert, dass alle Menschen ein existenzsicherndes Einkommen erhalten, mit dem es möglich sein muss, in Würde zu leben. Die Initianten skizzieren eine Schweiz, in der jede und jeder frei vom Zwang zur Lohnarbeit leben und sich selbst und seine bzw. ihre Träume verwirklichen kann. Das ist schön und das ist gut.

Doch bei der innerlinken Diskussion zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) geht es eben gerade um die Frage, wie viel Utopie, und wie viel Tagespolitik unser politisches Handeln haben darf. Denn wenn man in der Diskussion eine Flughöhe tiefer geht, stossen wir bereits auf die ersten kritischen Punkte. Der Anspruch linker Politik sollte es sein, dass die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden. Und dieses Ziel verfehlt die Initiative: Ein Grundeinkommen von 2500 Franken, wie die Initianten es fordern, garantiert kein Leben in Würde. Denn Würde entsteht nicht durch finanzielle Almosen vom Staat. Würde bedeutet auch soziale und wirtschaftliche Teilhabe an unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt darum ist das «Recht auf Arbeit» eine alte, sozialdemokratische Forderung. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu kämpfen, dass Arbeit gerecht entlöhnt wird, gute Renten bezahlt werden und starke Sozialwerke bestehen. Das Grundeinkommen bewirkt leider das Gegenteil. Anstatt die wirklich geleistete Arbeit entsprechend zu entlöhnen, impliziert ein BGE, dass Menschen, die momentan sehr wenig verdienen oder Teilzeit arbeiten, gerade so gut zuhause bleiben können. Frei à la: «Unsere Gesellschaft braucht deine Arbeit nicht.» Diese Aussage ist für mich keine linke Politik.

Doch der wichtigste Grund gegen die Initiative ist, dass sie handwerklich schlecht gemacht ist. Im Initiativtext steht lediglich: «Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.» Die politische Realität spricht nicht für eine angemessene Umsetzung der Initiative im Fall einer Annahme. Weder Höhe und Finanzierung, noch die Frage der heutigen Sozialwerke ist geklärt. Das bedingungslose Grundeinkommen trägt die grosse Gefahr einer Realisierung des von der neoliberalen Rechten geforderten Gesellschaftsprojekts in sich. Diese würde den Sozialstaat frontal angreifen, um ihn auf ein Minimum zu reduzieren und alle sozialen Errungenschaften niederzureissen, für welche die SP gekämpft hat. Es wäre nicht verantwortbar, dieses Risiko einzugehen.

Hanna Bay, Vizepräsidentin JUSO Schweiz

Der Parteitag der SP Graubünden fasste mit 47 zu 39 Stimmen die **NEIN-Parole** (14 Enthaltungen).

Eidgenössische Abstimmung vom 5. Juni 2016

Silva Semadeni, Nationalrätin SP GR

Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung: Stimmfreigabe

Von Silva Semadeni

Vor einem Jahr hat das Volk mit 61,9 % Ja gesagt zur Verfassungsänderung bei der Präimplantationsdiagnostik (PID). Nun geht es ums Ausführungsgesetz, wogegen das Referendum ergriffen worden ist.

Das Gesetz sieht vor, dass mit Einverständnis des Paares bis zu 12 befruchtete Eizellen entwickelt werden können. Unter bestimmten Umständen dürfen sie auf Erbkrankheiten oder Chromosomenfehler analysiert werden. Die überzähligen Embryonen können für einen evt. notwendigen zweiten Eingriff eingefroren werden. Die PID vermindert die Belastung durch die Hormonbehandlung für die Frau, das Mehrlingsrisiko wie auch das Risiko einer späteren Abtreibung nach einer Pränataldiagnostik (z. B. bei Trisomie 21). Das Parlament hat die Revision umfassender ausgestaltet als der Bundesrat und auch für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch geöffnet, statt nur für solche mit erblicher Belastung.

Umstritten sind nebst dieser Ausweitung vor allem die Tests zur Untersuchung der Embryonen. Behindertenorganisationen befürchten, dass durch diese Öffnung in Zukunft Embryonen mit Trisomie 21 systematisch selektioniert werden und der soziale Druck, alles Machbare zu unternehmen, um die Geburt von Menschen mit Behinderung zu verhindern, zunehmen wird. Es wird befürchtet, dass die gezielte Selektion immer weiter gehe (Salamitaktik).

Diese ethischen Fragen spalten auch die SP. Aus diesem Grund hat der Parteitag Stimmfreigabe beschlossen.

Der Parteitag der SP Graubünden beschloss bei 59 zu 39 Stimmen die **STIMMFREIGABE** (2 Enthaltungen).

Wir bringen die Natur in Ihren Garten
Für Blumen, Schmetterlinge, Kinder und andere Menschen mit offenen Sinnen

Pro Valladas

Wir sind Spezialisten für Naturschutz und Landschaftspflege. Gerne kümmern wir uns auch um Ihren Garten; im ganzen Kanton Graubünden.

- ✓ **Naturgartenbau und -pflege**
- ✓ **Blumenwiesen**
- ✓ **Weiher**
- ✓ **Trockenmauern**
- ✓ **Sträucher und Bäume schneiden und pflanzen**
- ✓ **Natürliche Wege und Plätze**
- ✓ **Zäune und Unterstände aus naturbelassenem Holz**

Marcel Züger - Geschäftsführer, Biologe
PRO VALLADAS GmbH – Unternehmen Natur und Landschaft
Veia Principala 12, 7462 Salouf, 081 637 14 88, mail@pro-valladas.ch

40 Millionen für eine Kulturreserve

Neues Kulturförderungsgesetz (KFG)

Von Sandra Locher Benguerel & Andri Perl

Die Vernehmlassung für das neue Kulturförderungsgesetz ist geschlossen und die SP hat sich lautstark vernehmen lassen. In der parteiinternen Fachkommission haben fast zwanzig Mitglieder und SympathisantInnen an unserer Antwort mitgewirkt. Das Gesetz bringt einige handfeste Verbesserungen. So nimmt es die Regionen in die Pflicht, Sing- und Musikschulen zu führen sowie Museen und Bibliotheken zu unterstützen. Leistungsvereinbarungen erhalten ein stärkeres Gewicht, was kulturellen Institutionen mehr Planungssicherheit gibt. Ganz allgemein findet das professionelle Kulturschaffen mehr Anerkennung. Nach unserer Ansicht muss das Gesetz in einigen Bereichen aber weiter gehen, um Wirkung zu entfalten. Und es wird sich wenig ändern, wenn nicht bei der Finanzierung der Kultur massiv nachgebessert wird.

Planungssicherheit

Es darf nicht sein, dass Institutionen, die regelmässig anerkannte Leistungen bringen, nur von Jahr zu Jahr planen können. Um die Planungssicherheit für Kulturschaffende und Institutionen zu erhöhen, müssen mehr Leistungsvereinbarungen gesprochen werden, die über das ordentliche Budget und nicht über die Landeslotteriemittel finanziert werden. Grössere Leistungsvereinbarungen sollten sogar als vom Budget unabhängige Verpflichtungskredite gesprochen werden.

Regionale Förderung und Infrastruktur

Die Kulturschaffenden in den Regionen werden heute sehr unterschiedlich gefördert. Je nach Wohngemeinde bedeutet dies eine massive Benachteiligung bei der Finanzierung von Projekten. Deshalb fordert die SP, dass alle Regionen eine Kulturfachstelle führen und neu auch Projektförderung betreiben. Regionen und vor allem auch der Kanton sollen zudem neu Beiträge an die Infrastruktur von Kulturinstitutionen leisten.

Sandra Locher Benguerel, Grossrätin

Andri Perl, Grossrat

Mehr Mittel sind nötig

Gewährt der Kanton mehr und besser dotierte Leistungsvereinbarungen, leistet er Beiträge an Infrastruktur und zieht die regionale Kulturförderung subsidiär mehr Unterstützung nach sich, braucht die kantonale Kulturförderung markant mehr Mittel. Konkret muss der Kanton parallel zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes einen Rahmenverpflichtungskredit über 40 Millionen Franken für die nächsten 12 Jahre sprechen. Zur Zeit hat der Kanton über 430 Millionen Franken frei verfügbare eigene Mittel. Er kann sich eine solche Kulturreserve als Investition in sein wichtigstes Potenzial also leisten.

Wiederkehrender Bericht

Das Kulturförderungsgesetz muss eine möglichst breite Gültigkeit haben – unabhängig von ändernden Förderstrategien. Einen dem Gesetz vorgelagerten Leitbildprozess lehnen wir deshalb ab. Als sinnvolles Instrument der strategischen Planung fordern wir aber einen regelmässigen Kulturbericht, den die Regierung dem Grossen Rat vorzulegen hat. Er soll auch als Grundlage für die Verwendung der Mittel aus der Kulturreserve dienen.

Wahlen vom 5. Juni 2016 in Chur

Patrik Degiacomi: Unser neuer Stadtrat

Patrik Degiacomi, Grossrats-Stellvertreter und Stadtratskandidat

Am 5. Juni wählt Chur Patrik Degiacomi ist unser Kandidat für den **Stadtrat.** Aber auch das Parlament, der **Gemeinderat,** wird neu gewählt. Dort will die SP zulegen. Mit einer starken Gemeinderatsliste **(Liste 1)** schaffen wir das. Weitere Infos: **www.sp-chur.ch**

Concret: Patrik, du kandidierst für den Churer Stadtrat. Du hast dich entschieden, im Wahlkampf deine persönliche Geschichte zu erzählen. Weshalb?
Auf der einen Seite finde ich es wichtig, dass die Stimmbevölkerung ein Verständnis für Personen erhält, die kandidieren. Auf der anderen Seite ging ich davon aus, dass gewisse Fortschritte (z. B. binnendifferenzierter Unterricht, Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit) in Chur im Bereich Bildung und Soziales zum Wahlkampfthema werden könnten. Wir lebten in sehr bescheidenen Verhältnissen und in diesem Diskurs war es mir ein Anliegen, glaubwürdig zu sein. Mit Fachkompetenz, aber auch Betroffenheit.

Was hat dich nach deinem Studium der Sozialen Arbeit und dem Master in Sozialrecht noch zur Weiterbildung in Ökonomie motiviert?
Ich war bereits Führungsperson und wollte nicht «aus dem Bauch heraus» agieren. Im beruflichen Kontext orientiere ich mein Handeln immer gerne an einem übergeordneten Rahmen. Das heisst nicht, dass ich einfach immer nach Lehrbuch handle, aber so fällt es mir wesentlich leichter gute Entscheidungen zu fallen. Ausserdem wollte ich auch politisch im Bereich «Ökonomie» diskursfähig werden.

Du kennst Chur von klein auf und aus deiner täglichen Arbeit als Abteilungsleiter von «Kind Jugend Familie» der Stadt. Wo siehst du die grössten Herausforderungen der Stadt?
Die Mietzinsen steigen unaufhaltsam, die Sportstätten sind marode, Kinderbetreuungsplätze fehlen, der Bus bleibt auf den Hauptverkehrsachsen im Stau stecken, Kulturbeiträge werden gestrichen, in der Altstadt fehlt das Leben. Chur steht vor einem grossen Investitionsstau. Es braucht einen Plan um diesen zu bewältigen.

Herausforderungen meistert Chur nur, wenn im Gemeinderat wieder vermehrt über Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet wird. Wie bringst du dich in diese Zusammenarbeit ein?
Ich habe von 2010 bis 2015 im Lobbying für Menschen mit Behinderungen und Armutsbetroffene immer wieder Mehrheiten im Grossen Rat finden können. Bei der Bündner NFA haben wir eine Allianz aus 21 Organisationen mit rund 6000 aktiven Mitgliedern schmieden und auf einen gemeinsamen Auftritt und eine gemeinsame Sprache einschwören können. Ich war für die interne und externe Kommunikation sowie die Mobilisierung zuständig. Am Schluss haben wir gegen die Regierung und den Grossen Rat gewonnen. In der Aprilsession des Grossen Rates konnte ich die Hälfte des Rates davon überzeugen unseren Auftrag zu unterschreiben, der verlangt, dass der Kanton bei Landverkäufen den Standortgemeinden ein Vorkaufsrecht einräumt. Ich versuche immer das gemeinsame Ziel in den Fokus zu rücken und kann gut akzeptieren, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen etwas unterstützen.

SP

Du bist als bestgewählter Stellvetreter in Chur Mitglied unserer Grossratsfraktion. Was ist dein grösster Erfolg bisher im kantonalen Parlament?
Mit meinem ersten Votum im Rat beim Gesetz über Archivierung konnte ich einen Beitrag dazu leisten, dass ein Minderheitsantrag aus der SP eine Mehrheit im Rat fand. Aber natürlich sind die 60 Unterschriften in der Aprilsession schon mein bisher grösster Erfolg. Jetzt müssen wir dran bleiben und schauen, dass wir in der Augustsession dann auch eine Mehrheit finden…

Zum ersten Mal richtig in Erscheinung getreten bist du im Kampf für einen gerechteren Finanzausgleich im Kanton Graubünden. Wie sieht deine Bilanz für den in Kraft getretenen Ausgleich aus?
Der in Kraft getretene Finanzausgleich ist wesentlich besser als die Bündner NFA. Nicht zuletzt für die Stadt Chur. Denn die Ablehnung dieser Vorlage ermöglichte, dass die Zentrumslasten besser berücksichtigt wurden. Die Stadt Chur profitiert jetzt jedes Jahr von CHF 2.5 Millionen Mehreinnahmen!
Die FA-Reform hat sich auch auf den Bildungs- und Sozialbereich weit weniger negativ ausgewirkt, als dies die Bündner NFA getan hätte. Aber so toll ist der neue Finanzausgleich auch nicht. Dass beispielsweise die Gemeinden mit dem Sozialhilfekosten nun weitgehend alleine dastehen, haben wir immer kritisiert. In der Aprilsession haben sich nun auch Bürgerliche dahingehend geäussert, dass man allenfalls bald wieder über die Bücher muss.

Zum Schluss nochmals etwas Persönliches. Du bist ein junger Familienvater. Hat das deine Sicht auf die Politik verändert?
Ein gutes Umfeld für Familien war mir schon vorher wichtig. Aber es ist natürlich immer noch einmal etwas anderes, wenn man die Chance hat die Welt «mit Kinderaugen» zu sehen. Das empfinde ich als sehr bereichernd. Es hat auch mein Bewusstsein gestärkt, dass ich meinen Kindern nicht nur eine attraktive, sondern auch finanziell gesunde Stadt hinterlassen möchte. Mir sind Bildung, Soziales, Kultur und Umwelt extrem wichtig, aber der Einsatz dafür muss mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung einhergehen.

- ***11.02.1972, verheiratet, zwei Kinder**
- **Dipl. Soziale Arbeit FH, MAS in Sozialrecht, MBA Wirtschaftsuniversität Wien**
- **Abteilungsleiter «Kind Jugend Familie» der Stadt Chur**
- **Erster Grossrats-Stellvertreter, Kreis Chur**
- **Co-Präsident Fachverband Kinderbetreuung GR**
- **Hobbies: Biken, Langlauf, Theater**
- **www.patrik-degiacomi.ch**

Wahlen vom 5. Juni in Domat/Ems

Silvia Bisculm Jörg, SP-Kandidatin für den Gemeindevorstand

Silvia Bisculm Jörg in den Gemeindevorstand.

von Enea Baselgia, Gemeinderat und Präsident SP Domat/Ems

Als zweitstärkste Partei in Domat/Ems hat die SP den Anspruch in allen wichtigen Gremien der Gemeinde vertreten zu sein, um so unsere Anliegen konsequent voranzubringen. Deshalb tritt die SP bei den kommenden Wahlen sowohl für den Gemeindevorstand mit Silvia Bisculm Jörg, den Schulrat mit Hermy Vruwink sowie auf regionaler Ebene für das Regionalgericht Imboden mit Irmgard Camenisch, der bisherigen Vizepräsidentin des Bezirksgericht Imboden an. Mit unseren drei starken Kandidatinnen sind wir von guten Erfolgschancen bei den Wahlen vom 5. Juni überzeugt. Im Interview stellt sich unsere Gemeindevorstandskandidatin Silvia Bisculm Jörg einigen Fragen.

Concret: Silvia weshalb hast du dich entschlossen, für den Gemeindevorstand in Domat/Ems zu kandidieren?

Aus Freude an der Politik, insbesondere der Kommunalpolitik, aus Freude am Mitgestalten und weil ich denke, aufgrund der langjährigen Erfahrungen jetzt dafür die nötigen Kompetenzen mitzubringen.

Welche Erfahrungen bringst du denn für dieses Amt mit?

Ich bin seit acht Jahren im Gemeinderat, der Legislative von Domat/Ems tätig, durfte den Rat im 2013 auch präsidieren. Ich führe seit 18 Jahren eine Physiotherapiepraxis und bin seit vier Jahren Präsidentin von «physio graubünden» und seit Oktober 2015 Co-Präsidentin des Trägervereins der Kinderkrippe Tripiti in Ems. All diese Aufgaben haben mich gelehrt zu organisieren, zu kommunizieren, zu delegieren, mich zu informieren und in Teams zusammenzuarbeiten, auch diese zu führen. Ich bin der Überzeugung, dass ein gutes Teamwork zu den besten Ergebnissen führt. Alleingänge sind nicht mein Ding.

Wofür möchtest du dich als Gemeindevorstandsmitglied insbesondere einsetzen?

Wir haben eine schöne, lebenswerte Gemeinde. Domat/Ems ist in den letzten Jahren sehr gewachsen, die Anforderungen, die dieses Wachstum mit sich bringt will ich mittragen. Ich möchte dazu beitragen, dass weiterhin ein positives Miteinander möglich ist, dass Ems tolerant, offen, modern und ein guter Arbeits- und Wohnort ist. Sehr wichtig ist mir auch, dass die verbliebenen Grünflächen nicht angetastet werden. Es wurde genug gebaut, jetzt ist Erhalt der Natur angesagt. Ausgenommen natürlich das Brachland im Sägereiareal. Ich bin sehr froh, dass hier endlich eine tolle, moderne Lösung vorliegt. Die Gestaltung dieses Areals ist ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt auf der Agenda des Gemeindevorstandes.

Alles in allem würde ich auch hier versuchen, im Teamwork die besten Resultate für unsere Gemeinde zu erreichen.

Wahlen vom 5. Juni 2016 in Davos

Stefan Walser in den Kleinen Landrat

Von Severin Bischof

In Davos wird am 5. Juni eine neue Regierung (Kleiner Landrat) und ein neues Parlament (Grosser Landrat) gewählt. Vor vier Jahren wurde Stefan Walser in den Kleinen Landrat gewählt und die SP zog nach langer Absenz wieder in die Regierung ein. Diesen Sitz im fünfköpfigen Gremium gilt es zu verteidigen. Stefan politisiert mit seiner direkten und gradlinigen Art. Er ist ein Macher, der nicht lange um den heissen Brei redet, sondern die Dinge beim Namen nennt und Probleme zielstrebig anpackt.

Mit dieser zupackenden Vorgehensweise konnte Stefan in der vergangenen Legislatur ein neues Schulgesetz umsetzen und er führte eine Talentklasse ein. In den nächsten Jahren wird die Sanierung der Schulliegenschaften im Fokus stehen und auch die Betreuung von Schulkindern soll ausgebaut werden. Mit diesen Massnahmen werden die Davoser Schulen modernisiert und auf ein solides Fundament gestellt. Es ist deshalb zentral, dass Stefan für eine weitere Legislatur gewählt wird und angefangene Projekte weiterführen kann.

Im Parlament, das im Majorzverfahren gewählt wird(!), sind zwei von 17 Sitzen zu verteidigen und es wurden dafür folgende Kandidaten nominiert: Philipp Wilhelm muss man kaum mehr vorstellen. Er gehört zu den aktivsten und erfolgreichsten Landräten und kandidiert bereits für seine dritte Legislatur. Auch der zweite Kandidat Roland Augstburger ist kein politischer Neuling. Er wirkte in der Schulpflege in Winterthur und als Gemeindevorstand in Schmitten GR. Seit vier Jahren arbeitet er beim RehaZentrum in Davos Clavadel und möchte sein Engagement jetzt im Grossen Landrat fortsetzen.

Erfreulich ist, dass die Juso mit einer eigenen Kandidatur für den Schulrat aufwartet. Luca Rüegg arbeitet als Zivildienstleistender beim Weltstrahlenzentrum in Davos und startet im Herbst ein Physik-Studium an der ETH. Er will Verantwortung übernehmen und wird dafür sorgen, dass im Schulrat auch eine Stimme der Jugend spricht.

Thematisch setzen wir drei Schwerpunkte: Bezahlbarer Wohnraum, gute Lebensqualität und eine unabhängige Politik. Noch immer ziehen Familien von Davos weg, weil sie sich die Mieten nicht leisten können. Zudem muss Davos ganzjähriger und ganzheitlicher denken lernen. Für eine gute Lebensqualität sind starke Schulen, faire Löhne und gute Betreuungs- und Gesundheitsangebote zentral. Wir lassen uns dabei von keiner Lobby steuern und treten auch gegen einflussreiche Partikularinteressen an. Die Lebensqualität und das Wohl der Gesamtbevölkerung steht im Zentrum unserer Politik.

Severin Bischof, Präsident SP Davos

JUSO

Pascal Pajic, Co-Präsident JUSO Graubünden

Die JUSO Graubünden lanciert eine Initiative zum Wahl- und Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer

Von Pascal Pajic

An der Generalversammlung im März hatte die Basis der JUSO Graubünden die Wahl zwischen einer Vielzahl toller Projektideen für die Zukunft. Nach angeregter Diskussion und mit viel Ehrgeiz und Entschlossenheit stand schliesslich das nächste kantonale Projekt der JUSO Graubünden fest: das Wahl- und Stimmrecht auf kantonaler Ebene für Ausländer und Ausländerinnen.

Denn für die JUSO Graubünden ist klar, dass die linken Kräfte in der Schweiz progressiv und agierend in der Migrationsthematik mitreden müssen und nicht nur eine passive, reagierende Rolle einnehmen dürfen. Wir können nicht stets nur versuchen dagegenzuhalten, wenn die SVP einen weiteren Angriff auf die Menschlichkeit und Solidarität vollführt, sondern müssen uns klar positionieren und Alternativen zur xenophoben Haltung mancher bieten. Angesichts der beispiellosen humanitären Flüchtlingskrise, welche sich Tag für Tag in eisiger Normalität verschlimmert, ist es wichtig, dass wir Haltung zeigen, Missstände anprangern und helfen, wo wir können. Für die JUSO ist klar, dass etwas passieren muss, deshalb sind wir aktiv.

Momentan befasst sich eine Arbeitsgruppe der JUSO näher damit und klärt die Details zur kantonalen Volksinitiative. Für die JUSO Graubünden ist klar, dass die Thematik um Asylsuchende, Flüchtlinge und Mitmenschen mit Migrationshintergrund angesichts der humanitären europäischen Katastrophe aktueller ist denn je. Nur mit einer integrativen Politik, welche die kriegsgebeutelten Verzweifelten willkommen heisst, kann die Schweiz ihrer humanitären Tradition und der Menschenwürde jedes_r Einzelnen gerecht werden und ein exemplarisches Vorbild für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein. Das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mit unserer Initiative wollen wir Menschen, welche hier wohnen, arbeiten, konsumieren, Freunde treffen – kurz: hier leben und ein Teil unserer Gesellschaft sind, die Möglichkeit geben mitzubestimmen. Ganz nach dem Motto «Zemma leba, zemma stimma» wollen wir ein wenig mehr Demokratie wagen und unsere Mitmenschen in unserer Gesellschaft nicht nur einen Platz anbieten, sondern herzlich willkommen heissen.

AZB 7000 Chur
Postcode 1

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 5. Juni 2016

Eidg. Vorlagen:

Asylgesetz	**JA**
Milchkuh-Initiative	**NEIN**
Initiative «Pro Service Public»	**NEIN**
Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	**NEIN**
Bundesgesetz über die med. unterstützte Fortplanzung	**STIMMFREIGABE**

Wahlen in die Geschäftsleitung und in den Parteivorstand der SP GR

Am letzten Parteitag wurden neben dem Präsidium und dem Vizepräsidium auch die restlichen Parteigremien neu gewählt. Aus der Geschäftsleitung traten am Parteitag Jonas Alig und Sandra Locher Benguerel zurück. An ihrer Stelle wurden neu Beatrice Baselgia aus Domat/Ems und Luzi Stadler aus Buchen gewählt. Neben der Geschäftsleitung wurde auch der aus 50 Mitgliedern bestehende Parteivorstand neu gewählt. Eine Übersicht zu den Mitgliedern des Parteivorstandes findet sich unter www.sp-gr.ch/parteivorstand.

5. Juni 2016: Die Wahlen in das Regionalgericht nicht vergessen!

Am 5. Juni 2016 finden die Wahlen in die künftigen Regionalgerichte statt. In sieben der elf Regionen finden stille Wahlen statt. Das heisst, es gibt gleich viele KandidatInnen wie Sitze zu vergeben sind, weshalb die StimbürgerInnen nicht an die Urne müssen. In den Regionen Engiadina Bassa/Val Müstair, Prättigau/Davos, Plessur und Landquart kommt es zu Kampfwahlen. Betroffen sind SP-KandidatInnen davon einzig in der Region Plessur. Dort will uns die SP den dritten nebenamtlichen Regionalrichterposten streitig machen. Die SP Chur tritt mit drei JuristInnen an. Den bisherigen Bettina Gadient Stecher und Clelia Meyer Persili. Den Sitz der zurückgetretenen Anna Ratti wollen wir mit dem jungen Juristen Carlo Crameri verteidigen. Darum: Bettina Gadient Stecher, Clelia Meyer Persili und Carlo Crameri in der Region Plessur auf den Wahlzettel schreiben. Die anderen Linien auf dem Wahlzettel leer lassen.

ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID: 10990-1507-1001

Impressum
Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

2/2016

www.sp-gr.ch
info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2016:
8. August 2016